

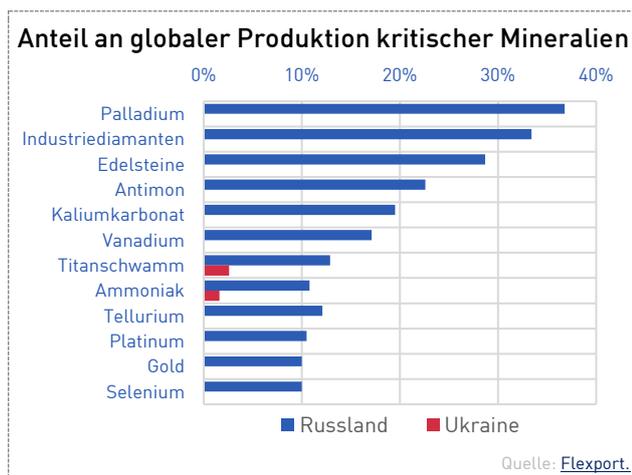
12. April 2022  
Wirtschafts- und Handelspolitik

# ROHSTOFFPREISE IM BLICK

Die globalen Rohstoffpreise sind seit der jüngsten Eskalation im Russland-Ukraine-Krieg starken Schwankungen unterworfen. In der zweiten Märzwoche zeigte sich dies unter anderem an der Implosion des Nickelmarktes. Binnen weniger als 24 Stunden schoss der Preis von Nickel um 250 % nach oben und stürzte die gesamte Branche ins Chaos, führte bei manchen Händlern zu Verlusten in Milliardenhöhe und zwang die Londoner Metallbörse (LME), den Handel zum ersten Mal seit drei Jahrzehnten auszusetzen. Nickel ist ein Hauptbestandteil von Edelstahl und wird zudem für die Herstellung von Batterien für Elektroautos benötigt. Die Nickelpreis-Eskalation betrifft uns also alle und zeigt, wie der Ausschluss eines der weltweit größten Rohstoffexporteure aus dem Finanzsystem innerhalb weniger Wochen globale Auswirkungen hat.

## Russland ist trotz seiner kleinen Volkswirtschaft ein bedeutender Rohstoffexporteur

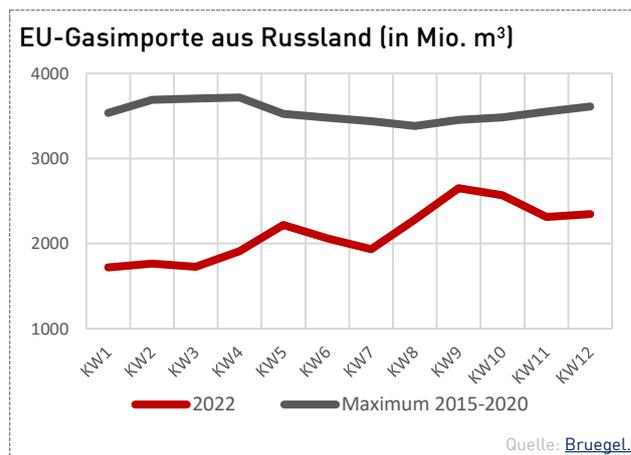
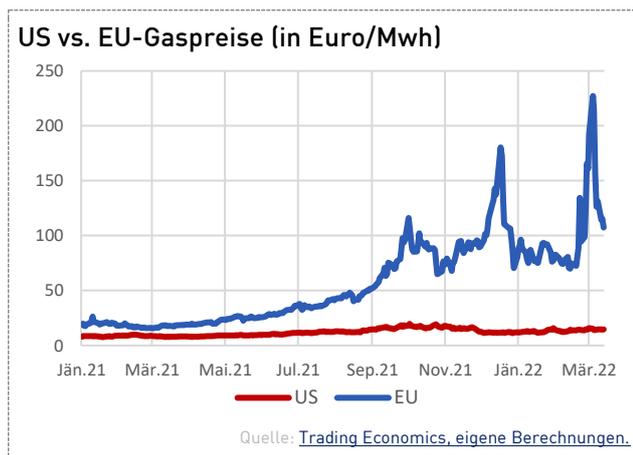
Lieferkettenexperten sorgen sich infolge des Ukrainekrieges derzeit um die Versorgungssicherheit mit wichtigen Metallen und anderen Rohstoffen. Reuters zufolge verfügt Russland über beträchtliche Weltmarktanteile bei Stahl, Kupfer, Nickel und Aluminium sowie über 15 % des weltweiten Angebots an Titan und rund 40 % des weltweiten Angebots an Palladium, welche beides wichtige Rohstoffe für die Luft- und Raumfahrtindustrie sind. Die russische Stahlindustrie produziert außerdem rund 70 % des globalen Neon, das üblicherweise in der Ukraine verarbeitet wird und anschließend in der Halbleiterherstellung verwendet wird. Palladium wird ebenfalls in der Halbleiterproduktion gebraucht, ist aber vor allem ein wichtiger Bestandteil von Katalysatoren für Autos. Die Autoindustrie ist bereits seit Längerem von Engpässen geplagt, ein Umstand, der sich durch den russischen Einmarsch in die Ukraine nun zusätzlich verschlechtern könnte.



## Erdgaspreise durch die Unsicherheit bzgl. zukünftiger russischer Lieferungen sehr volatil

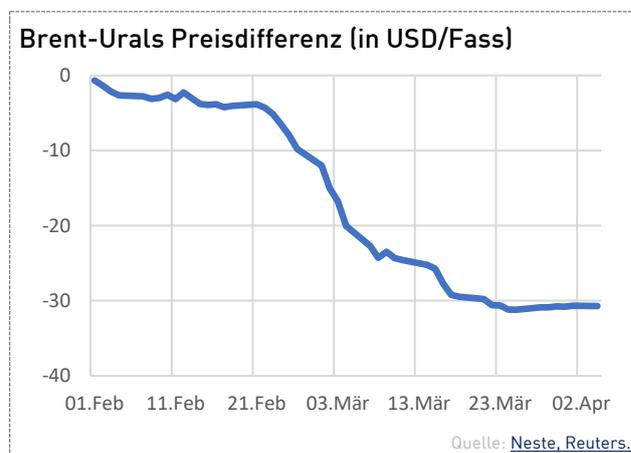
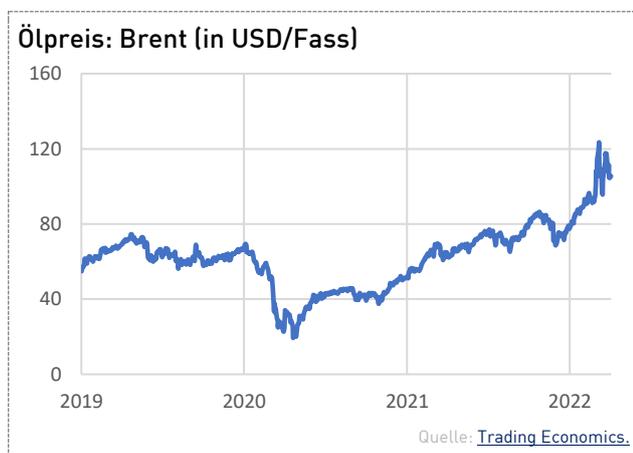
Russland hat die Gasexporte in die EU seit seinem Angriff auf die Ukraine zwar deutlich erhöht, sie befinden sich aber weiterhin unter den Höchstwerten von 2015 bis 2020. Von russischer Seite verringerte Liefervolumen haben bereits in der zweiten Jahreshälfte 2021 die Gaspreise stark steigen lassen und zu unüblich niedrigen Gasspeicherständen geführt. [Die \(mit Gazprom assoziierte\) Gasspeicheranlage Haidach wurde im Sommer](#)

2021 nicht wie üblich aufgefüllt, während dies beispielsweise bei der OMV-geführten Anlage in Tallesbrunn/Schönkirchen/Reyersdorf sehr wohl der Fall war. Seitdem sind die EU-Gaspreise sehr volatil, und mit der Eskalation im Ukrainekrieg kam es erneut zu einem massiven Preisanstieg, welcher sich durch weiterhin stattfindende Gaslieferungen aus Russland, milde Wetterprognosen und die Erwartung auf zusätzliche Flüssiggaslieferungen jedoch zuletzt wieder abgeschwächt hat. Flüssiggas wird für Europa auch in Zukunft eine größere Rolle spielen. Die EU wird weniger Gas aus Russland importieren, um unabhängiger zu werden, dafür wird China mehr russisches Gas nachfragen, wodurch asiatisches und australisches LNG für Europa frei wird. Außerdem werden in der EU derzeit viele neue Flüssiggasterminals geplant, unter anderem in Deutschland, wo noch bis Ende 2023 der erste Flüssiggasterminal seinen Betrieb aufnehmen soll.



### Ölpreis seit seinem Höhepunkt Anfang März wieder deutlich gefallen

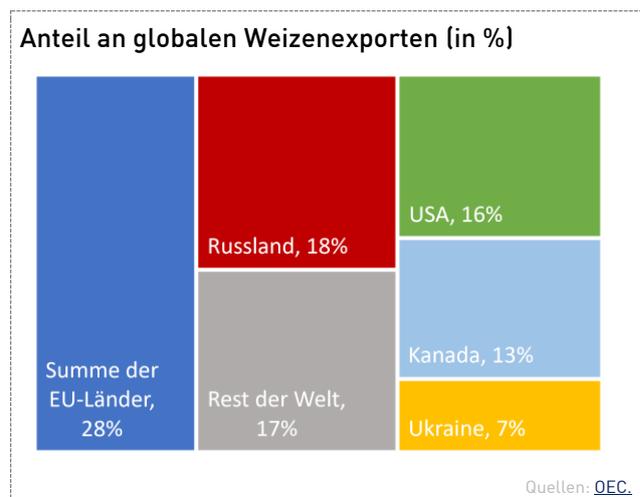
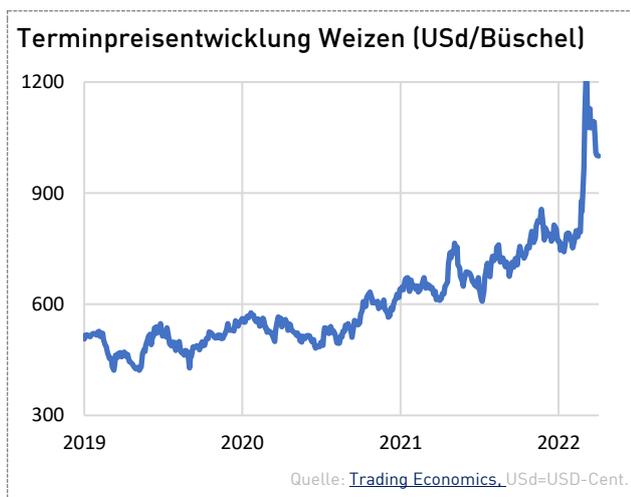
Russland war im Jahr 2020 für rund 11 % der weltweiten Rohölproduktion verantwortlich, wodurch es nach den USA und Saudi Arabien der drittgrößte Produzent ist. Aus Angst vor möglichen Importstopps ist der Ölpreis in den ersten Wochen der Invasion stark angestiegen. Als klar wurde, dass es vorerst zu keinem Importstopp kommen würde, ist der Preis jedoch wieder gefallen und befindet sich aktuell unter der psychologisch wichtigen 100 USD/Fass Grenze. Auch ohne Sanktionen haben sich viele westliche Mineralölunternehmen dazu entschlossen, kein russisches Erdöl mehr einzukaufen, darunter Shell, Eni und BP. Diese Art der Selbstsanktionen haben dazu geführt, dass russisches Rohöl der Sorte Urals aktuell mit einem Abschlag von über 30 USD pro Fass im Vergleich zu Brent-Öl gehandelt wird. Dies liegt daran, dass ohne westliche Abnehmer die restlichen Großimporteure, allen voran China, Indien und Pakistan mehr Marktmacht besitzen und so günstigere Konditionen ausverhandeln können. In diesem Falle haben die westlichen Sanktionen den beabsichtigten Effekt, dass sie die Erdöl-Einnahmen Russlands erheblich reduzieren.



## Hohe Weizenpreise besonders für importabhängige Entwicklungsländer problematisch

Russland und die Ukraine sind wichtige Exporteure von Agrarrohstoffen - vor allem von Weizen und Ammoniumnitrat (einem Hauptbestandteil vieler Düngemittel). Zusammen produzieren die beiden Länder mehr als 5 % des weltweiten Ammoniumnitratangebots und verantworten 25 % der weltweiten Weizenexporte, weshalb die Terminpreise für Weizen infolge der russischen Invasion stark gestiegen sind. Dies dürfte mittelfristig auch die Inflation weiter steigen lassen, wenn auch weitaus weniger als dies steigende Ölpreise tun könnten. Weizen ist nur für eine Teilmenge der Lebensmittelpreise von Bedeutung, und frühere Preisanstiege bei Weizen haben sich nur teilweise auf die Lebensmittelpreise übertragen. Für die EU droht kein akuter Versorgungsengpass, immerhin ist sie der größte Weizenproduzent der Welt. Länder wie Ägypten, der weltweit größte Importeur von Weizen, könnten hier weitaus stärker betroffen sein. Noch bleibt allerdings Zeit, die Bevölkerungen ärmerer Länder vor den schlimmsten Folgen des Preisanstieges zu bewahren. Dass 25 % der weltweiten Weizenexporte aus der Region rund ums Schwarze Meer kommen, bedeutet allerdings nicht, dass die Welt plötzlich 25 % des Weizenoutputs ersetzen muss. Ein Großteil der globalen Weizenproduktion wird nämlich in jenen Ländern konsumiert, in denen es auch angebaut wird. Dies bedeutet, dass bei einem geschätzten Ausfall von 7 Mio. Tonnen Weizen und einer weltweiten Produktion von insgesamt 778 Mio. Tonnen, nur 0,9 % mehr Weizen angebaut werden müsste, um den Ausfall zu ersetzen.

Ein weiteres Produkt, bei dem auch für die EU die Gefahr eines Versorgungsengpasses besteht, ist Sonnenblumenöl. Die Ukraine und Russland sind zusammen für 60 % der weltweiten Sonnenblumenölproduktion und 76 % der Exporte verantwortlich, von denen ein Großteil über Häfen am Schwarzen Meer verschifft wird. Doch die ukrainischen Häfen wurden nach Beginn der russischen Invasion geschlossen und dürften dies auf absehbare Zeit auch bleiben. Dadurch drohen akute Versorgungsengpässe und steigende Preise einer Vielzahl an Lebensmitteln. Der europäische Industrieverband der Pflanzenöle und Schrote (FEDIOL) ging Anfang März davon aus, dass die verfügbaren Reserven in der EU zwischen 4 und 6 Wochen ausreichen werden. Darüber hinaus ist es wahrscheinlich, dass die mangelnde Verfügbarkeit von Sonnenblumenöl zu einer Verknappung auf dem europäischen Markt führen wird und dies auch für die Verbraucher spürbar sein wird. Sonnenblumenöl ist nicht nur ein beliebtes Speiseöl, sondern auch ein wichtiger Input bei der Herstellung verschiedener Produkte, darunter Margarine, Babynahrung und Schokolade.



**Fazit:** Der aktuelle Rohstoffboom beziehungsweise die Engpässe zeigen, dass viele Herausforderungen nicht allein durch finanzielle Mittel gelöst werden können. Die physische Verfügbarkeit und Beschaffung von Rohstoffen und kritischen Technologien werden mehr denn je zum Dreh- und Angelpunkt des Wirtschaftskreislaufs. Probleme wie die Arbeitskräfteknappheit, die anstehende Transformation unserer Energiewirtschaft und der demographische Wandel stehen dabei in engem Zusammenhang mit den internationalen Rohstoffmärkten - und bis die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft abgeschlossen ist, wird das auch so bleiben. Dabei handelt es sich um ein globales Problem, für das die EU eine europäische Lösung finden muss, wenn sie ihren Platz in den internationalen Wertschöpfungsketten erhalten und ausbauen will. Ein Teil dieser Lösung könnte die EU-weit gemeinsame Beschaffung von Erdgas und anderen kritischen Rohstoffen darstellen. Dazu muss allerdings die europäische Integration weiter vertieft werden.

**Medieninhaber/Herausgeber:** Wirtschaftskammer Österreich, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien. Vertretungsbefugtes Organ: Präsident Dr. Harald Mahrer. Tätigkeitsbereich: Information Beratung und Unterstützung der Mitglieder als gesetzliche Interessenvertretung.  
**Chefredaktion:** MMag. Claudia Huber, Druck: Eigenvervielfältigung, Erscheinungsort Wien. Offenlegung: [wko.at/offenlegung](http://wko.at/offenlegung). Medieninhaber/Herausgeber: Wirtschaftskammer Österreich, Abteilung für Wirtschafts- und Handelspolitik, Leitung: MMag. Claudia Huber, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien, Tel: +43 5 90 900 4270, [whp@wko.at](mailto:whp@wko.at), [news.wko.at/whp](http://news.wko.at/whp).  
**Autorin/Ansprechpartnerin:** Peter Obinger, Tel: +43 5 90 900 4252, [peter.obinger@wko.at](mailto:peter.obinger@wko.at).